Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 ℳ, monatl. 10 ℳ vorauszahlbar frei ins Haus.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Ingdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ℳ.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 ℳ, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 ℳ. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 216. Donnerstag, den 12. Mai 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Die neue Regierung.

Von einem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Während die Rechtspresse ihr schamloses Treiben gegen die neue Reichsregierung auch am Mittwoch abend fortsetzt und sich eifrigst bemüht, den französischen Annexionspolitikern neue Hoffnungen auf die Durchführung ihrer Pläne zu geben, erkennt der übrige Teil der bürgerlichen Presse inzwischen das Verdienst an, daß sich die Sozialdemokratie durch die Uebernahme der schweren Verantwortung erworben hat. Selbst das Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, gesteht, daß nur das Eintreten der Sozialdemokratie die Besetzung des Ruhrgebiets verhindern und die daraus folgenden traurigen Situationen für die Arbeiterschaft vermeiden konnte. In der augenblicklichen kritischen Situation legen die Unabhängigen überhaupt eine Haltung an den Tag, die mehr von nationalem Bewußtsein zeugt, als die Haltung gewisser anderer Parteien, die sich anmaßen, Hüter der nationalen Ehre zu sein.

Nachdem die Unabhängigen entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht haben, sie wollten diese Regierung nach ihren Taten beurteilen, wäre zu wünschen, daß sie bei Beurteilung der Taten der Regierung auch die Umstände berücksichtigen würden, unter denen diese Taten durchgeführt werden. Sollten die Unabhängigen sich zu der Einsicht durchringen, daß unter so außerordentlich schwierigen Umständen vor allem keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden dürfen, so hätte das neue Kabinett trotz der Hetze von rechts eine gesicherte Stellung, und die Wünsche der Demokraten, bald eine Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei vorzunehmen, brauchten nicht weiter verfolgt zu werden. Nach der Haltung der volksparteilichen Presse zu urteilen, ist nämlich nicht damit zu rechnen, daß die Deutsche Volkspartei, die sich bei der Abstimmung über das Ultimatum aus rein parteiegoistischen Gründen leiten ließ, bald Neigung empfindet, für die Politik im Reiche die Verantwortung mit tragen zu helfen. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Die Deutsche Volkspartei ist aus der Koalition ausgeschieden, weil sie das Ultimatum nicht anzunehmen vermochte, und denkt auch gar nicht daran, nun etwa nach einigen Wochen durch dieselbe Tür, die aus der Koalition herausführte, nun in das Kabinett Wirth hineinzuspazieren.“

Es wird an der Haltung der Unabhängigen liegen, diesen Wunsch der Volkspartei, nicht in die Regierung einzutreten, auch in der Zukunft bestehen zu lassen. Denn solange die Regierung von beiden sozialdemokratischen Parteien gehalten wird, hat die Stinnespartei sicher einen Abscheu vor ihr.

Im übrigen ist es ja kein Geheimnis, daß die neue Regierung nur aus einer Minderheit des Reichstages gebildet ist, daß sie noch nicht einmal alle Ministerien besetzt hat und im Parlament noch kein Programm entwickeln konnte. Sie bedarf also noch sehr der Festigung, wenn sie Bestand haben soll. Aber die geschichtliche Tat dieses Kabinetts war die Unterzeichnung des Ultimatums und damit, wie wir hoffen, die Rettung Deutschlands. Was weiter wird, weiß niemand. Die guten Demokraten beklagen sich, daß ihnen unter dem furchtbaren Druck der entscheidungsschweren Stunde die neue Koalition abgerungen sei. Jetzt müsse die Grundlage der Regierung sofort nach rechts erweitert werden. Fahren die Demokraten in diesem Bemühen fort, werden sie, worüber sie und die andern bürgerlichen Parteien sich bald klar sein sollten, nicht nur das junge Leben der Regierung Wirth, sondern zugleich das Dasein dieses Reichstages gefährden. Wir können uns aber in diesen Zeiten den Luxus einer dauernden Regierungskrise nicht gestatten. Wenn der Reichstag der Juniwahlen, wie sich immer mehr zeigt, keine Regierung von einiger Stärke und Dauer bilden kann, müßte schließlich doch versucht werden, durch Neuwahlen ein anderes Parlament zu schaffen. Aber so lange sich das vermeiden läßt, soll man es vermeiden. Das deutsche Volk ist wirklich nicht darauf erpicht, jedes Jahr mehrere Male Neuwahlen durchzumachen. Es kann von den gewählten Vertretern verlangen, daß sie den aus dem Gang der Ereignisse sich ergebenden Notwendigkeiten Rechnung tragen und selbst die Grundlage schaffen, auf denen wir zu dauerhafteren Verhältnissen kommen.

General Wrangels Vorwürfe gegen Frankreich. Die Konstantinopeler Zeitung „Stambul“ veröffentlicht einen Brief Wrangels an die französische Regierung, in welchem Wrangel Frankreich ein unehrliches Spiel mit der Krimarmee vorwirft und sagt, Frankreich brachte die Krimarmee in eine verzweifelte Lage, und um die russische Flotte in die Hand zu bekommen, habe es das Leben von zehntausenden russischer Soldaten auf dem Gewissen, die auf Frankreichs Veranlassung in den Kampf gezogen wurden.

Vorübergehende Verkehrssperre. Die Eisenbahndirektion Köln schreibt dem W. T. B.: Durch die Truppenbewegungen in der Richtung nach der Ruhr sind die Eisenbahnlinien des besetzten Gebietes so stark beansprucht, daß es leider notwendig wurde, vorübergehend eine Verkehrssperre für Frachtstückgut und Frachtgutwagenladungen zu verhängen, die sich hoffentlich nur auf einige Tage erstrecken wird. Die Aufhebung der Sperre wird sobald wie möglich bekanntgegeben.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

104. Sitzung.

Mittwoch, 11. Mai 1921, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten auf Wahl eines vierten Vizepräsidenten für die Dauer der gegenwärtigen Session.

Schultz-Bromberg (DNP.): Da Herr Dittmann von den unabhängigen Sozialdemokraten keine Lust zu haben scheint, sich von seinem Amt zu trennen, müssen wir schon dem Antrage zustimmen, um der Deutschen Volkspartei zu ihrem berechtigten Anspruch zu verhelfen.

Dittmann (USP.): Herr Schultz hat den Geschmack gehabt, die Frage auf meine Person zuzuspitzen, obwohl er eigentlich wissen mußte, daß ich mein Amt nur im Auftrage meiner Fraktion führe.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Ledebour** (USP.), **Burlage** (Z.), **Schultz** (DNP.) wird der Antrag einstimmig angenommen.

Auf Antrag Burlage wird die Wahl sofort vorgenommen und Rießer (DVP. zum vierten Vizepräsidenten gewählt.

Das deutsch-tschechische Abkommen, betreffend Ueberleitung der Rechtspflege im Hultschiner Lande wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Nachtrag zum Haushaltsplan.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan. (Beamtenbesoldung.)

Delius (DDP.) berichtet über die Beratung des Ausschusses.

Morath (DVP.): Der Ausschuß hat für eine eingehende Prüfung der Vorlage leider keine Zeit gefunden. Die Assistentenprüfung ist vollständig überflüssig. Der Redner begründet sodann einen Antrag, wonach, sobald die entsprechenden Kenntnisse bereits in früheren Prüfungen nachgewiesen sind, die Prüfung beim Aufrücken in Besoldungsgruppe 7 fortfallen soll, ebenso soll die Ergänzungsprüfung bei allen Beamten, die eine zehnjährige Dienstzeit in Gruppe 6 zurückgelegt haben, wegfallen.

Bruhn (DNP.) spricht sich ebenfalls für Beseitigung der Ergänzungsprüfung aus.

Schiffer (DDP.) fordert ebenfalls Aufhebung der Ergänzungsprüfung für Assistenten beim Aufrücken in Sekretärstellen.

Ein Regierungsvertreter ersucht um Ablehnung sämtlicher drei Anträge. Die Anträge würden die ganze, in langjähriger Verhandlung mühsam zustande gekommene Besoldungsordnung gefährden und die ganze Frage noch einmal wieder neu aufwühlen. Der sozialdemokratische Antrag will diese Vergünstigung sogar auf die außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter ausdehnen. Auch um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages bittet die Regierung. Der Reichsrat würde diesen Anträgen ohnehin nicht zustimmen.

Steinkopf (SD.): Durch den Hinweis auf die eventuelle Ablehnung durch den Reichsrat werden wir uns ebenso wenig bange machen lassen, da sich in dieser Frage alle Parteien einig sind. Wir sind gegen die Anträge der Deutschen Volkspartei. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrage.

Schulbt (DDP.): Weil die Beamten solange verzichten mußten, müssen die Beamtenfragen heute trotz der schweren außenpolitischen Sorgen behandelt werden. Wir sind dafür, daß die Ergänzungsprüfung für die Aufrückung der ehemaligen Assistenten (Sekretäre) von Gehaltsgruppe 6 nach Gehaltsgruppe 7 wegfällt.

Brennig (USP.): Statt ewig zu petitionieren, müssen sich die Beamten durch Zusammenschluß zu starken Gewerkschaften ihre Rechte erkämpfen. Die Ergänzungsprüfung muß beseitigt werden.

Dauer (Bayer. VP.): Mit Ausnahme des Antrages Morath, der nach unserer Ueberzeugung das einzig Annehmbare bringt, lehnen wir alle anderen Anträge als zu weitgehend ab.

Plettner (Komm.): Müssen die neuen Minister auch eine Ergänzungsprüfung ablegen? Wir stimmen dem Antrage auf Beseitigung der Ergänzungsprüfung zu. Der Reichstag darf sich durch die Ausführungen des Regierungsvertreters nicht einschüchtern lassen.

Hoch (SD.): Nicht über die erfolgten Ausgaben, sondern über die bevorstehenden Ausgaben muß der Reichstag eine Uebersicht gewinnen. Der Nachtragsetat muß vor Pfingsten verabschiedet sein. Der Haushaltsausschuß war einstimmig der Meinung, daß die jetzige Wirtschaft nicht so weiter gehen kann. Vor allem muß bei der Stellung solcher Anträge die Demagogie der Parteien ausgeschaltet werden und das Wettlaufen um die Gunst der Beamten muß aufhören. (Morath: Ihr Antrag war der weitestgehende!) Den einzelnen Parteien ist vom Ausschuß reichlich Gelegenheit zum Einspruch gegeben worden; es hat aber niemand Einspruch erhoben. In der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, alle Beschwerden der Angestellten und Beamten zu prüfen, war unmöglich. Deshalb ist das jetzt eingeschlagene Verfahren von demagogischen Gründen diktiert.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Höfle** (Z.) und **Quaatz** (DVP.) werden die Anträge Schiffer und Morath angenommen.

Der Nachtragsetat wird dann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz gehen auf Antrag des Abgeordneten Delius (DDP.) an den Besoldungsausschuß.

Preissenkung für Druckpapier.

Es folgt die Beratung eines Antrages der sozialistischen und bürgerlichen Parteien, der von der Regierung fordert:

1. Die Gestehungskosten für Zellstoff, Holzstoff und Zeitungsdruckpapier durch genügende und ernsthafte Revisionen festzustellen und zur Prüfung der Preise an Hand der Revisionen einen Ausschuß einzusetzen, dem Mitglieder des Reichstages, des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates, sowie Vertreter der Zeitungsverleger und der Papierindustrie in paritätischer Zusammensetzung angehören.

2. Hierbei feststellen zu lassen, ob eine Preissenkung etwa durch Kartellmaßnahmen behindert wird.

3. Das Zeitungsdruckpapier in die Tarifklasse B ohne Erhebung eines Zuschlages für gedeckte Wagen zu setzen.

4. Um der deutschen Presse den Uebergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft zu erleichtern, für 3 Monate (April bis Juni 1921) je 6 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Bruhn (DNP.): Bei dem gegenwärtigen Preis von 3,60 ℳ für das Kilo Zeitungspapier kann das Zeitungsgewerbe nicht bestehen. Die Papierfabrikanten könnten billiger liefern, wenn sie nur nicht durch Strafen ihres Kartells bedroht würden. Wir bitten um Annahme des Antrages.

Brandes (USP.): Die Zustände im Papiergewerbe beweisen die Unmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Papierfabrikanten haben im Kriege glänzende Geschäfte gemacht und verteilen Riesengewinne. Dabei sind noch große Hinterziehungen festgestellt worden, und zwar nicht nur in einzelnen Fällen. (Hört, hört! links.) Das Druckpapier ist jetzt gegen den Friedenspreis um 1700 % gestiegen. Die letzte Preiserhöhung erfolgte nach dem 1. April, obwohl die Holzpreise seitdem gefallen sind. Gewiß sind auch die Herstellungskosten gestiegen, diese rechtfertigen jedoch die hohen Preise keineswegs. (Zuruf rechts: Löhne!) Auch das ist zu bezweifeln, daß die Löhne der Papierindustrie seit vorigem Jahr gestiegen sind. Es gibt viele Papierindustrielle, die eine Forderung nach Lohnerhöhung einfach als Unverschämtheit bezeichnen. Den Schaden dieser Preispolitik der Papierindustrie trägt die kleinere und mittlere Presse. Die Unabhängigkeit der ernsten politischen Presse ist schwer gefährdet, weil sie die Kosten für Abonnements und Inserate nicht mehr erhöhen kann. Sie läuft Gefahr, abhängig von größeren Unternehmern zu werden. Eine große Schuld trifft die verkehrte Politik des Reichswirtschaftsministeriums, das den Kostenpreiserhöhungen zugestimmt hat. Wir lehnen es ab, zugunsten einer kleinen Gruppe von Interessenten die Allgemeinheit zu belasten. Nur die Sozialisierung der Papierwirtschaft, wie sie unser Antrag verlangt, kann eine durchgreifende Besserung der Lage bringen.

Cremer (DVP.): Die Regierung hat uns mitgeteilt, daß die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft keine niedrigeren Preise herbeiführen wird. Wir müssen daher eine andere Basis suchen. Die hohen Gewinne erklären sich aus der zeitweisen sehr starken Ausfuhr. Es ist unmöglich, hier die ganze Kartellfrage aufzurollen und das Problem der Sozialisierung der Papierwirtschaft zu lösen. Wir verlangen eine Abschwächung der Inseratensteuer. Der Antrag soll möglichst einstimmig angenommen werden, und auch die Regierung müßte dazu Stellung nehmen, um die allgemeine Beunruhigung zu beseitigen.

Sidow (SD.): Es müssen unbedingt Maßregeln getroffen werden, um den fortwährenden Preissteigerungen Einhalt zu tun. Die Parteien sind sich darüber einig, daß die heutigen Papierpreise im gegenwärtigen Zeitpunkt das Leben sehr vieler Menschen erschweren. Gegen die staatliche Zuschußwirtschaft haben wir zwar auch Bedenken, aber es handelt sich hier um eine außergewöhnliche Lage, der zufolge der Ausschuß beschlossen hat, noch einmal einen Zuschuß von der Regierung zu fordern. Der einzige Weg, der Abhilfe schaffen kann, ist die Sozialisierung. Begünstigt wird sie durch den Umstand, daß gerade in der Papierindustrie hohe Gewinne abgeworfen werden, ferner, daß die Industrie keine zu große Ausdehnung hat und daß die Zahl der Arbeiter eine geringe ist. Die wenigen Schwierigkeiten lassen sich gerade hier leicht abwenden. Auf andere Weise ist an eine Preissenkung nach Lage der Tatsachen nicht zu denken. Es haben zwar in den Verhandlungen mit den Fabrikanten alle Parteien mit der Sozialisierung geliebäugelt, aber es war wohl kaum mehr als eine platonische Liebeserklärung. Die Vorbereitungen für die Sozialisierung müssen sofort in Angriff genommen werden.

Gerstenberger (Bayer. VP.): Für meine Person stehe ich der Sozialisierung nicht feindlich gegenüber, aber es muß erst geprüft werden, ob durch dieselbe wirklich eine Besserung der Lage erzielt werden kann.

Damit schließt die Aussprache. Die Anträge der Unabhängigen auf Sozialisierung des Papiergewerbes werden abgelehnt, der bürgerlich-sozialdemokratische Antrag wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident **Löbe** schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr, abzuhalten. Es sollen kleine Vorlagen und Bittschriften beraten werden, und es soll die letzte Sitzung vor Pfingsten sein.

Eingegangen sind schleunige Anträge der Kommunisten und Unabhängigen auf Gewährung einer Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen, auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Sondergerichte und auf Zurückziehung der Sipo und Schupo aus Oberschlesien.

Schultz-Bromberg (DNP.): Die neue Regierung muß doch dem Reichstag ihr Programm vorlegen. Wir beantragen daher als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung die Entgegennahme einer Regierungserklärung zu setzen.

Präsident **Löbe**: Der Reichskanzler hat mir bereits mitgeteilt, daß er die Erklärung der Reichsregierung morgen nicht abgeben könne, da besonders wichtige Ministerien des Kabinetts noch nicht besetzt sind. Die Regierung sieht ihre erste Aufgabe darin, das Ultimatum und die damit zusammenhängenden Diktate zur Erledigung zu bringen.

Müller-Franken (SD.): Mit der Erklärung des Reichskanzlers ist der Antrag Schultz-Bromberg eigentlich erledigt. Er diente ja nur agitatorischen Zwecken.

Schultz-Bromberg zieht seinen Antrag zurück.

Die Abgeordneten Ledebour (USP.) und Hoffmann (Komm.) beantragen darauf, die Anträge, betreffend Ausnahmezustand und Sondergerichte, morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Müller-Franken (SD.): Die sachliche Stellung zu den Anträgen behält sich meine Fraktion vor. Hoffmann hat aber keinen Grund, der Regierung Vorwürfe zu machen, denn die Regierung, die er am meisten verehrt, ist gerade in dieser Beziehung sehr rückständig. Da wir aber solche Anträge, bei denen § 48 der Reichsverfassung in Frage kommt, immer als schleunig betrachten, werden wir für die Beratung stimmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten **Hoffmann** (Komm.), **Ledebour** (USP.) und **Petersen** (DDP.) lehnt das Haus gegen die sozialistischen Parteien es ab, die Anträge auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird ein Antrag der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Stimmen angenommen, den Gesetzentwurf über die Kriegsdienstzeit noch auf die Tagesordnung zu setzen. — Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)

Berlin, Mittwoch, 11. Mai 1921, mittags 1 Uhr.

Der Antrag Siering (SD.) und Genossen auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abgeordnete Frau Dr. Wegscheider (SD.) wegen Beleidigung für die Dauer der Sitzungsperiode wird angenommen.

Darauf folgt die Fortsetzung der Beratung über die

Ereignisse in Oberschlesien.

Beyer-Oberschlesien (Z.): Die Vorgänge in Oberschlesien beweisen, daß die Franzosen ihr Prestige verloren haben. Wir rufen in alle Welt hinaus, daß wir bei der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens betrogen worden sind.

Dr. **Mayer**-Ostpreußen (K.) sucht die Behauptung der Sozialdemokraten und anderer Redner zu widerlegen, daß es sich in Oberschlesien nicht um einen Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten handelt. Die Versuche, diese Bewegung in eine nationalistische umzulügen, sind vergeblich. Man versucht, durch Entfachung des nationalistischen Widerstandes den sozialistischen auszulöschen. Vor allem hat es Korfanty versucht. Gerade die nationalistischen Treibereien in Ostpreußen und Oberschlesien haben die nationalistische Bewegung jenseits der deutschen Ostgrenze erst ins Leben gerufen. Die Beteuerungen, daß die Reichswehr nicht mobilisiert ist, sind einfach Lügen. Die deutschen Arbeiter haben den Schutz der Orgesch und der Bürgerwehren abgelehnt. Seit Wochen wird die „Rote Fahne“ Oberschlesiens unterdrückt, aber die nationalistische Presse hat freies Spiel. (Pfuirufe bei den Komm.) Diese Presse hetzt ständig zu einem neuen Krieg und fordert das Eingreifen der Reichswehr. (Zuruf rechts: Nur zum Schutz! Widerspruch bei den Komm.) Zwischen der ostpreußischen Orgesch und den bayerischen Einwohnerwehren besteht schon lange ein geheimer Zusammenhang. Sie sind bereit, mit Sipo und Reichswehr gegen Polen in den Krieg zu ziehen. Oberschlesien gehört weder den deutschen, noch den polnischen Nationalisten, sondern allein den Arbeitern. Ein zentraler Arbeiterrat der polnischen und der deutschen Arbeiter muß die Macht an sich reißen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Hermann-Breslau (DDP.): Es ist tief bedauerlich, daß in solcher Zeit Agitationsreden gegen Oberschlesien gehalten werden. (Zuruf der Komm.: Geldsackinteresse.) Das weise ich mit Entrüstung zurück. Vor der Abstimmung ist von beiden Seiten erklärt worden, daß Oberschlesien ein unteilbares Ganzes sei. Da sich die Oberschlesier mit einer Mehrheit für Deutschland entschieden haben, muß Oberschlesien auch ungeteilt Deutschland zugesprochen werden. Es müssen Lebensmittel nach Oberschlesien geschickt werden.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. Der Antrag Porsch (Z.) über die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien und für seine baldige Zuteilung an Deutschland wird von den bürgerlichen Parteien, den Sozialdemokraten und einem Teil der Unabhängigen angenommen. (Lebhafter Beifall und Lärm bei den Kommunisten.)

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen.

Eynern (DVP.) begründet einen Aenderungsantrag, wonach die Punkte der Tagesordnung des Reichsrats von den preußischen Vertretern gemeinsam durchberaten werden sollen und in der Vollversammlung des Reichsrats die Stimmen Preußens gemäß dem Ergebnis der Vorberatung einheitlich abgegeben werden sollen.

v. Kries (DNP.) stimmt dem Antrage zu.

Kilian (Komm.): Als Anhänger des Räte- und Gegner des bürgerlichen Parlamentarismus sind wir auch gegen den Reichsrat und lehnen die Vorlage ab.

Grzesinski (SD.): Gemäß dem Grundsatz: Preußen im Reiche voran! wurde sehr viel Schaden angerichtet. Gegenüber dem Loblied des Abg. Eynern braucht man nur daran zu denken, wie die preußischen Junker zum Schaden des Deutschen Reiches gewirtschaftet haben. Den Antrag der Deutschen Volkspartei lehnen wir ab. Gewiß wäre es erwünscht, wenn die Stimmen eines Landes einheitlich abgegeben würden. Aber die Reichsverfassung läßt das nicht zu. Wie vom Reich beschlossen ist, so muß es von den Ländern ausgeführt werden. Wir haben den Staatsrat für eine unerwünschte Einrichtung gehalten. Wir wenden uns dagegen, daß seine Befugnisse irgendwie ausgedehnt werden, wie es der Abg. v. Kries wünscht. Die Zustimmung des Staatsrats zu den Vorlagen des Landtags und des Staatsministeriums ist durchaus nicht erforderlich. Im übrigen stimmen wir der Vorlage in der Ausschußfassung zu.

Leid (USP.): Es läßt sich eine Reihe von Gründen beibringen, daß die preußischen Stimmen im Reichsrat nicht einheitlich abgegeben werden. Die kommunistische Auffassung, daß man den Reichsrat einfach negieren müsse, ist vollkommen irrig. Wir werden gegen den Antrag v. Eynern und für die Ausschußbeschlüsse stimmen.

Berndt (DDP.): Da eine einheitliche Abgabe der preußischen Stimmen im Reichsrat dringend wünschenswert erschien, haben wir im Ausschuß beantragt, daß die Bestellung der Provinzialvertreter durch die Landeshauptleute vorgenommen werden soll. Einer Festlegung auf einheitliche Regelung gemäß den Anträgen v. Eynern können wir nicht zustimmen.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die große Anfrage Husemann und Genossen (SD.) über die

Stillegung der Zeche „Maximilian“ bei Hamm.

Osterroth (SD.): Die Zeche „Maximilian“ bei Hamm wurde unter dem Druck der Firma Röchling aus Profitinteressen stillgelegt. Es werden 800 Arbeiter morgen mit dreitägiger Frist gekündigt. Die geltenden Verordnungen über Stillegung von Betrieben wurden nicht beachtet. Die Anlagen, Maschinen usw. sollen auf Abbruch verkauft werden. Die Zeche, die bei Kriegsausbruch ersoff, hatte eine tägliche Kohlenförderung von 7000 Tonnen. Wenn die Staatsregierung nicht sofort eingreift, gibt es eine Katastrophe. Die Gemeinde, die für den Wegebau Geld ausgegeben hat, die Geschäftswelt, die von der Bergarbeiterschaft lebt, werden durch das Vorgehen der Grubenkapitalisten ebenfalls

Groß-Hamburg in kulturpolitischer Beleuchtung.

Von Gustav Schiefler (Mellingstedt in Holst.).

Man kann auch Alfred Lichtwark einen Vorkämpfer Groß-Hamburgs nennen. Natürlich nicht in dem Sinne, wie das Problem heute vor uns steht. Der Gedanke an eine politische Verschmelzung der vier Städte und eines Teiles des umliegenden Landgebiets war zu seinen Lebzeiten ausgeschlossen. Dennoch dürfen wir, die wir für die Idee eintreten wollen, uns auf seine Autorität berufen. Für ihn, der ganz in geistigen Belangen lebte, bestand diese Einheit bereits: als geistige Einheit. Im Voraussehen solcher Zusammenhänge war er uns allen weit voraus. Er betrachtete sein Hamburg immer als den Vorort, als die geistige Hauptstadt des nordwestlichen Deutschlands. Damit sei nicht gesagt, er habe von einem politischen nordwestdeutschen Staatengebilde geträumt. Das verhinderte seine historische Bildung. Aber das in seiner Idee lebende Hamburg — wenn ich mich eines Kantischen Ausdrucks bedienen darf: der „ideale Charakter“ dieses seines Hamburg — war nicht durch die engen politischen Grenzen in Fesseln geschlagen; ihm war Hamburg die zur Großstadt gewordene Menschenansammlung an der Stelle des Elbstroms, die durch die natürlichen Verhältnisse zum Umschlagplatz vom See- zum deutschen Inlandsverkehr bestimmt war. Diese Menschenansammlung, diese Großstadtbevölkerung hatte im tiefsten Grunde einen einheitlichen Charakter, einerlei ob sie sich Altonaer, Hamburger, Harburger oder Wandsbecker nannten. Denn sie war aus den umliegenden Landschaften zusammengeströmt und bestand vornehmlich aus Niedersachsen und Friesen, also aus Stammesgenossen oder Stammesverwandten; war Lichtwark doch selbst, genau genommen, kein geborener Hamburger, sondern aus der unmittelbaren Nachbarschaft gebürtig.

Sein Ideal war die Heraufführung einer neuen großen deutschen Geistesblüte; sein praktisches Ziel ging dahin, jene Menschenansammlung am Elbstrom zur Trägerin einer nordwestdeutschen Stammeskultur zu machen. Als Deutscher und besonders als Niederdeutscher wußte er, daß auf deutschem Boden geistiges Leben dezentralisiert, nach Stämmen gegliedert wachsen müsse, um sich zu einer machtvollen Einheit zusammenzuschließen. Sollte der Wurf nach diesem Ziele gelingen, so mußten alle Kräfte innerhalb dieses Zentrums zusammengefaßt werden, damit das Höchste erreicht würde, was dieser Art Mensch erreichbar war. Die Lebensbedingungen ihrer aller waren — trotz mancher Verschiedenheiten im einzelnen — die gleichen. Sie beruhten auf der Blüte des Handels, der sich auf der Basis eines gesegneten Hinterlandes, aber doch mit dem Blick auf die ganze Welt entwickelt hatte und weiter entwickelte. Konnte die geistige Atmosphäre, die sich in dieser Umwelt bildete, an den einzelnen Orten verschieden sein? Sie mußte als Ganzes betrachtet werden, wollte man sie als Faktor in das Kulturleben der Nation einstellen.

Daß Lichtwark dies tat, kann nicht bezweifelt werden. Sein Blick, der Blick des Kulturpolitikers, erkannte den Kräftezuwachs, der sich durch den Zusammenschluß gleichartiger Elemente an der richtigen Stelle ergab, war es doch zum Beispiel ein Lieblingsgedanke seiner letzten Jahre, die Hansestädte sollten sich zu einer Lebensgemeinschaft vereinigen, um ihre gemeinsamen geistigen Belange mit um so größerem Nachdruck vertreten zu können. Um wieviel nötiger als hier ist das bei dem Komplex, den wir als Groß-Hamburg bezeichnen! Der Einwand, dazu bedürfe es keiner politischen Verschmelzung, ist kurzsichtig. Gewiß ließe sich denken, daß alle geistig interessierten Männer und Frauen der vier Städte und umliegenden Ortschaften zu einem Kulturbund zusammentreten, aber — selbst wenn er zustande kommen sollte — er würde bei den wichtigsten Gelegenheiten der Stoßkraft ermangeln. Nur das politische Gemeinwesen kann, wenn große Interessen in Frage stehen, entscheidende Erfolge haben. Vor allem dann, wenn es sich um Belange von gemischtem geistig-materiellen Charakter handelt, wie etwa bei den Zweckverbänden für Bebauung und Aufteilung des Geländes. Kurzsichtig namentlich wäre jener Einwand von seiten der Nachbarstädte selbst. Ist es den Altonaern und Harburgern verborgen, daß jeder von ihnen als Angehöriger eines großen Gemeinwesens, das eine geistige Bedeutung hat und eine Kulturmacht darstellt, einen Zuwachs an Ansehen gewinnen würde? Das „civis Hamburgensis sum“ wird zu einem Ruhmestitel werden, wenn es gelingt, die geistigen Kräfte der vier Städte in ein gemeinsames Bett zusammenzuleiten, dergestalt, daß alle die vielen und reichen Bildungsbestrebungen und -anstalten Hamburgs einen neuen Zustrom volkstümlicher Kraft erhalten. Die Nachbarstädte brauchen nicht besorgt zu sein, daß sie dabei zu kurz kämen oder ausgenutzt würden. Im Gegenteil: sie sind es, die den Vorteil haben werden. Ihr Anteil an Hamburgs altem Besitz kann nur wachsen. Hier sind wir abermals in der Lage, uns auf Lichtwark zu berufen, der immer dafür eintrat, man solle in der Verteilung geistigen Guts dezentralisieren und den einzelnen Teilen der Stadt aus dem Mittelpunkt soviel bringen als möglich, ihre Teilnahme am Kulturleben des Ganzen nicht erschweren, sondern so gut es gehe, erleichtern. Hier heißt es umgekehrt wie bei der Strategie „vereint marschieren und getrennt schlagen“. Er befürwortete es zum Beispiel, wenn Eimsbüttel einen Zentralplatz, eine Art Marktplatz mit öffentlichen Gebäuden verlangte, die kulturellen Zwecken dienen sollten. Und so wird Groß-Hamburg in seinem Sinne handeln, wenn den Nachbarstädten nicht nur das Ihrige belassen, sondern erweitert und um neue Güter vermehrt wird. Das läßt sich bei gemeinschaftlicher Wirtschaft, die auf allen Gebieten Ersparnisse bringt, mit geringeren Mitteln erreichen, als sie bisher aufgewandt wurden. Der Großbetrieb ist — bei Einhaltung vernünftiger Grenzen — überall rationell, auch im Bereiche des kulturellen Lebens. Die Duplizität, das Mehrfache für die gleichen Zwecke wird vermieden. Harburg zum Beispiel würde, wollte es weiter als selbständige große Stadt wachsen, mit der Zeit nicht darum herumkommen, museale Sammlungen von Dingen anzulegen, die es auch in Hamburg gibt; bei der Vereinigung mit Hamburg wäre es dieser Pflicht enthoben. Es würde eine Arbeitsteilung auch auf diesem Gebiete eintreten. Harburg könnte ein Heide- und Niederelbe-Museum gründen, dem nun neidlos von Hamburg alles in seinem Besitz Befindliche überwiesen würde, was dazu gehörte. Wie auch Hamburg das Seinige beitragen müßte, um Altonas Fischerei-Sammlung zu einer Weltbedeutung zu erheben.

Alles das hat ein Doppeltes zur Voraussetzung: einmal, daß der einzelne und das Einzelgemeinwesen die sittliche Kraft und die Einsicht erlangen, sich über das Enge, über das rein Persönliche, das Eigenbrödlerisch-Selbstsüchtige zum Verständnis, zum Interesse, zur Liebe des Ganzen zu erheben; verstehen zu lernen, der Verzicht auf augenblickliche — so oft nur scheinbare — Vorteile bedeute unschätzbaren Gewinn für die Zukunft und die zukünftigen Generationen. Sodann müßte die Ueberzeugung Allgemeingut werden, daß letzten Endes alles menschliche Tun, das persönliche so gut wie das wirtschaftliche und das politische, nicht Selbstzweck ist, sondern höheren Zielen dienen muß: der Auswirkung des menschlichen Geistes.

Daß dieser sich zu seiner vollen Freiheit, zur Schaffung der höchsten Güter entfalte, deren er fähig ist, das ist der Sinn menschlichen Lebens überhaupt. Wenn diese Gesinnung bei uns lebendig würde, dann wäre auch die Bildung eines großhamburgischen Gemeinwesens berufen, das Ihre zur Herbeiführung einer neuen deutschen Geistesblüte beizutragen.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Aus der Theaterwelt. Am Hamburger Stadttheater findet die letzte Aufführung des Nibelungen-Ringes von Richard Wagner an den Abenden: 20. Mai Rheingold, 25. Mai Walküre, 27. Mai Siegfried und 31. Mai Götterdämmerung statt. Den Loge und Siegfried singt Herr Schubert, den Siegmund Herr Enderlein, den Wotan Herr Buers, die Brünnhilde Fräulein Leider, die Fricka Frau Kalter usw. Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, 12. Mai. — Der Pfingstspielplan bringt am Sonntag, 15. Mai, Aida mit dem früheren Mitglied des Hamburger Stadttheaters Herrn Maclennan als Radames, am Montag, 16. Mai, Korngolds Oper Die tote Stadt — voraussichtlich letzte diesjährige Aufführung. — Deutsches Schauspielhaus. Bei der Erstaufführung von Wilhelm v. Scholz' Schauspiel „Der Wettlauf mit dem Schatten“, die, wie schon mitgeteilt, am Sonnabend, 14. Mai, stattfindet, werden die Hauptrollen von Fräulein Hilde Knoth und den Herren Reinhold Lütjohann und Herman Wlach gespielt. Die Inszenierung besorgt Herman Wlach.